

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf,
Dr. Bernd Baumann, Dr. Joachim Körner, Andrea Oelschlaeger und
Detlef Ehlebracht (AfD)**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelplan 4.0

**Betr.: Ausweitung der systemischen Präventions- und Ausstiegsprogramme
für Salafismus**

Seit vielen Jahren ist Hamburg vom Salafismus¹ betroffen. Dabei handelt es sich um eine spezielle Form von islamischer Hyperreligiosität, die von dem Streben ihrer Anhänger geprägt ist, die eigene Lebensführung am Beispiel des Propheten Mohamed und der muslimischen Urgemeinde aus dem 7. Jahrhundert zu orientieren. Die Aktivität von Muslimen, die dem salafistischen Spektrum angehören, hat in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen und dabei mannigfaltige Ausprägungsformen angenommen. Waren den Sicherheitsbehörden 2013 lediglich 240 Personen als Salafisten bekannt, stieg diese Zahl im Folgejahr auf 400 an.² Dem aktuellen Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge wurden der salafistischen Szene 2015 bereits 460 Personen zugerechnet, darunter auch 10 Prozent Frauen.³ Dass jedoch auch diese Zahlen lediglich temporäre Werte abbilden, kann man Drs. 21/4700 entnehmen, die belegt, dass die Gesamtzahl des salafistischen Spektrums im Juni 2016 auf 581 angewachsen war.⁴

Eingedenk der Tatsache, dass das salafistische Milieu seit Jahren einer progressiven Entwicklung unterliegt, lässt sich dies kaum auf eine einzelne Ursache zurückführen, sondern nur mit verschiedenen Gründen erklären. Einerseits wirkt sich aus, dass es salafistischen Predigern bis heute gelungen ist, Hamburger Moscheen als Rückzugs- und Anlaufpunkte für Gesinnungsgenossen zu nutzen.⁵ Dass die Behörden dieses Problem trotz jahrelanger Bemühungen nicht lösen konnten, belegt die Tatsache, dass Kriminal- und Bereitschaftspolizei zuletzt am 15. November 2016 gegen die Harburger Taqwa-Moschee vorgegangen sind.⁶ Ebenfalls ist wichtig, dass Salafisten ihr Bestreben, neue Mitglieder zu werben, in der Vergangenheit enorm intensiviert haben

¹ Grundsätzlich werden die Hauptrichtungen des puristischen, politischen und jihadistischen Salafismus voneinander unterschieden. Während Anhänger des puristischen Flügels der freiheitlich demokratischen Grundordnung in ideeller Hinsicht zwar ablehnend gegenüberstehen, betreiben sie jedoch keinerlei subversive Aktivitäten. Im Gegensatz dazu treten politische Salafisten aggressiv in der Öffentlichkeit auf, wo sie durch Mission für ihre Religion werben. Anders als die Jihadisten, die Gewalt als adäquates Mittel zur Durchsetzung ihrer Überzeugungen verstehen, verzichten politische Salafisten jedoch gewöhnlich auf Gewalt. Confer *Verfassungsschutzbericht 2014*. Seiten 39 – 40.

² Confer ibidem Seite 41.

³ Confer *Verfassungsschutzbericht 2015*. Seite 41.

⁴ Confer Drs. 21/4700. Seite 2.

⁵ Confer Drs. 21/2578.

⁶ Confer Drs. 21/6710.

und dabei eine zunehmende Professionalisierung erkennen lassen. In diesem Zusammenhang sei vor allem die bundesweit aktive „LIES! Kampagne“ genannt, die von der am 15. November 2016 verbotenen Organisation „Die wahre Religion“ (DWR) gesteuert wurde und allein 2014 etwa 50⁷ sowie im Folgejahr 40 Koranstände durchgeführt hat.⁸ Bis zum Verbot von LIES! am 28. Mai 2016 konnte die Organisation insgesamt 19 Koranverteilungsaktionen anmelden und durchführen.⁹ Darüber hinaus hat auch die unter dem Namen „Siegel des Propheten“ bekannte Salafistengruppe zwischen dem 2. Januar und dem 2. Februar 2016 sechs Informationsstände organisiert.¹⁰ Zu erwähnen sind auch die als „Street Dawa“ bekannten Aktionen, bei denen Flugblätter und Korane aus dem Rucksack heraus verteilt werden und die kaum unterbunden werden können, da sie keine behördliche Anmeldung voraussetzen.

Das komplexe Wirkungsgefüge aus radikaler religiöser Predigt in einzelnen Moscheen und einer professionalisierten Öffentlichkeitsarbeit hat dazu geführt, dass es den Salafisten in Hamburg gelungen ist, eine stetig wachsende Anzahl von Menschen für sich zu gewinnen, wozu auch Konvertiten gehören.¹¹ Die ernüchternde Tatsache, der zufolge bislang insgesamt 70 Personen nach Syrien ausgewandert sind, um sich dort dem Islamischen Staat anzuschließen, kann als stichhaltiger Beleg dafür gelten, dass die vom Salafismus ausgehende Bedrohung noch immer akut ist. Die Bedeutung Hamburgs, das schon der Wohnort der Terroristen von 11. September 2001 gewesen ist, wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass etwa 8,6 Prozent aller deutschen Jihadisten aus der Hansestadt stammen.

Trotz dieser Gefahr hat der Senat erst 2014 reagiert. Damals verpflichtete er sich dazu, ab dem 1. Januar 2015 ein umfangreiches Aktionsprogramm gegen religiösen Extremismus/Fanatismus zu initiieren.¹² Die Kosten für dieses Projekt, das die Elemente Beratung, Qualifizierung und Prävention beinhaltet, werden gegenwärtig über Landesmittel zur Komplementärfinanzierung des von der BASFI gesteuerten Bundesprogramms „Demokratie leben“ sowie über Projektmittel für die Umsetzung des „Konzeptes zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus und antimuslimischer Diskriminierung“ gedeckt.¹³ Auf diese Weise soll zwischen 2017 und 2020 ein jährlicher Finanzierungsrahmen von 320.000 zur Verfügung gestellt werden.¹⁴

Bis zum 30. Juni 2017 hat die BASFI eine Gesamtsumme von 620.263 Euro bewilligt, die sich auf fünf verschiedene Projektträger verteilt.¹⁵ Für das Jahr 2015 wurden allerdings nur 139.729 Euro angewiesen, woraus sich ein Restbetrag von 480.849 Euro ergibt.¹⁶ Im selben Zeitraum belief sich die ebenfalls für fünf Projektträger¹⁷ aus Landesmitteln bewilligte Förderung auf 152.363 Euro; auch hier wurden jedoch nur 25.252 Euro ausgezahlt, mit der Folge, dass eine Summe von 177.613 Euro bestehen bleibt.¹⁸ Obwohl es dem Senat nicht gelang, dem Anwachsen der salafistischen

⁷ Confer VSH 2014. Seite 44.

⁸ Confer VSH 2015. Seite 44.

⁹ Confer Drs. 21/4700. Seite 7.

¹⁰ Confer ibidem.

¹¹ Confer Drs. 21/4714.

¹² Hierzu Drs. 20/13460.

¹³ Confer Einzelplan 4. Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Seite 113.

¹⁴ Diese verteilen sich auf jeweils 250.000 Euro für die Anzahl von Beratungsgesprächen (Produkt B_255_03_25) sowie auf 80.000 Euro für die Anzahl der Ratsuchenden (Produkt B_255_03_25). Confer ibidem, Seite 115.

¹⁵ Zu diesen zählen: Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V., Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V., Vereinigung Pestalozzi gemeinnützige GmbH, Forum – Young Migrant Talents (Forum-YMT) und crearTat e.V.). Confer Drs. 21/1706. Seite 4.

¹⁶ Confer Drs. 21/1706. Seite 4.

¹⁷ Diese sind: SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V., Alevitische Gemeinde Hamburg e.V., Veddel aktiv e.V., AJS-Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Mervator Program Center für International Affairs GmbH Geschäftsbereich Junge Islam Konferenz. Confer ibidem, Seite 5.

¹⁸ Confer ibidem.

Szene in Hamburg Einhalt zu gebieten, hat er es im November 2015 abgelehnt, die bestehenden Maßnahmen zu intensivieren, wozu auch die Aufstockung der 3,75 Beratungsstellen von Legato auf sechs gehörte.¹⁹ Um eine weitere Ausbreitung des Salafismus wirksam einzudämmen, muss der Senat endlich reagieren.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen,

1. einen Gesamtbetrag von 1.000.000 Euro für die Ausweitung der bestehenden Ausstiegs- beziehungsweise Präventionsmaßnahmen bereitzustellen, um damit dringend benötigte sechs neue Stellen zu schaffen. Die Personalkosten für die Produktgruppe 255.03 (Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft) anzuheben und dafür die Aufwendungen in den Produktgruppen 252.01 (Steuerung und Service), 253.01 (Service), 254.01 (Service) um 341.538 Euro zu verringern. Darüber hinaus sollen die bis zum 30. Juni 2016 bewilligten, jedoch nicht angewiesenen Gelder in Höhe von 658.462 herangezogen werden.

¹⁹ Confer Drs. 21/4059. Seite 2.